

wurde. Sie können selbstverständlich an mich Fragen stellen, die ich aus meiner Praxis heraus beantworten kann. Dankeschön.

Gesprächsleiter Dirk Hans (F.D.P.): Ja. Vielen Dank, Herr Graumann. Dann möchte ich gern Herrn Prof. Karlheinz Blaschke aus Friedewald, Historiker, bitten.

Prof. Dr. Karlheinz Blaschke: Meine Damen und Herren, ich möchte gern zunächst einige Dinge über meinen biographischen Hintergrund sagen. Ich bin 1946 als Student in Leipzig in die CDU eingetreten. Das war damals eine großartige Sache, in eine Partei, die mit dem Werbetext für Freiheit, Recht und Menschenwürde auftrat, einzutreten. Ich bin 1956 wieder ausgetreten, als der Parteivorsitzende Otto Nuschke sich in einer empörenden Weise über den ungarischen Volksaufstand geäußert hatte. Und ich bin 1990 dann in Dresden wieder eingetreten. Zwischendurch habe ich im Staatsarchiv Dresden Dienst getan: Ich war dort zwölf Jahre Gewerkschaftsfunktionär und acht Jahre Betriebsgewerkschaftsleitungs-Vorsitzender. Ich kann mir also auch ein Urteil erlauben über das, was Gewerkschaft an der Basis in der DDR gewesen ist. Ich habe auch diese Funktion 1956 niedergelegt, weil ich sie nicht mehr so ausführen konnte, wie ich sie verstand. Ich bin 1968 wegen der ideologischen Belastungen aus dem staatlichen Dienst ausgetreten und bin dann als Dozent an der kirchlichen Hochschule in den kirchlichen Dienst gegangen. Ich habe also ein Viertel Jahrhundert meines Lebens ohne irgendwelche Chancen im staatlichen Hochschuldienst verbracht. Ich bin von der SED-Geschichtswissenschaft als bürgerlicher Historiker boykottiert worden und dann beim Neuaufbau des Freistaates Sachsen 1991 als Leiter des sächsischen Archivwesens eingetreten in das Innenministerium und nunmehr mit 65 Jahren auf den Lehrstuhl für sächsische Landesgeschichte an der Technischen Universität Dresden gelangt. Ich glaube, dieser Hintergrund ist nicht ganz unwichtig für das, was ich nun sagen möchte.

Ich habe Ihnen das in Form eines Thesenpapiers (Anlage 2) in aller Knappheit dargelegt, was ich jetzt nicht einfach vorlesen möchte, zu dem ich nur einige Erläuterungen geben möchte, zumal vieles von dem, was ich zu sagen hatte, heute bereits gesagt worden ist. Vor allen Dingen muß ich bemerken, daß ich die beiden ersten Referate nur mit voller Zustimmung zur Kenntnis nehmen konnte. Dort ist von einer wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Thema genau das gesagt, was ich auch von meinem direkten Erleben her zu sagen gehabt hätte.

Zum ersten Punkt ist genügend gesagt worden, z. B. daß die Anfänge der bürgerlichen Parteien mit großen Hoffnungen begleitet gewesen sind, daß sie getragen waren von der Begeisterung vieler Menschen, die nach zwölf Jahren Diktatur wieder Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einführen wollen – man muß davon ausgehen, daß dieser Impetus des Anfangs ja nicht sofort verloren gegangen ist, sondern daß er in diesen Parteien weiterhin lebendig

geblieben ist – wenn auch unter der Asche – und daß am Anfang auch die sowjetische Militäradministration ein Interesse daran gehabt hat, diesen Pluralismus darzustellen.

Das zweite hängt zusammen mit der Verschlechterung der weltpolitischen Lage auf der einen Seite und dem zunehmenden Machtgewinn der deutschen Kommunisten. Wir hatten in vielfacher Hinsicht, auch etwa vom Standpunkt der Kirche aus, die Feststellung zu machen, daß die Russen viel zugänglicher gewesen sind und viel humaner waren als die deutschen Kommunisten, die dann an die Macht gekommen sind, etwa auch in Fragen der Kirchenpolitik. Ich habe es selber erlebt, mit welchen gemeinen Methoden die politischen Köpfe der damaligen Blockparteien, etwa die Minister in den Landesregierungen, in der Öffentlichkeit diffamiert worden sind, mit welchen Mitteln sie durch die Zeitungen geschmiert worden sind, so daß ihnen dann nichts anderes übrig blieb, als nach dem Westen zu gehen, wenn sie nicht vorher verhaftet worden sind. Diese Kampagnen gehören auch zum Erleben der Blockparteien. Sie haben einen Widerstand geleistet gegen die „Gleichschaltung“. Ich benutze bewußt das Wort „Gleichschaltung“, das ja eigentlich aus dem Jahre 1933 kommt.

Und so käme ich zum dritten Punkt, wo noch einmal zu unterstreichen ist, daß wir sehr unterscheiden müssen zwischen den Parteileitungen und dem Parteivolk. Es war eine Wirkung dieses massiven Druckes auf die Parteiführungen, daß die Parteien als Institutionen, als Organisationen letzten Endes gleichgeschaltet worden sind, daß sie auf ein eigenes Programm verzichten, mit dem sie ja ursprünglich angetreten sind, das sich aber nicht mehr durchhalten ließ, weil die SED ständig auch die gesamte Personalpolitik dieser Parteien kontrollierte. Jeder Abgeordnete, der aus einer dieser Parteien in ein Kreis-, Gemeinde- oder Bezirksparlament eintreten sollte, wurde überprüft, und es gab Zurückweisungen durch die SED, wenn der Betreffende ihr nicht gefiel. Zu Herrn Poppe muß ich sagen, daß die Zeitungen, abgesehen von den beiden ersten Seiten – die waren immer gleichgeschaltet –, sehr wohl versucht haben, eine eigene Linie durchzuhalten. Und ich kann Ihnen nur mit größter Anerkennung das Beispiel der Dresdner Tageszeitung „Die Union“ sagen, die bis in die Wende hinein ihre eigenständige Linie gehalten hat, so daß etwa der Chefredakteur 1988 gemaßregelt und nach Berlin versetzt worden ist, weil er der SED nicht mehr gefallen hat. Was man in diesen Zeitungen, abgesehen von der politischen Information, die war natürlich gleichgeschaltet, lesen konnte über Kultur, Film, Theater und Literatur, das war einfach eine ganz wichtige Information für die eigene Standortbestimmung und für die Weiterentwicklung. In dieser Hinsicht sehe ich eine ganz wichtige Funktion der Tagespresse dieser Parteien, die ständig einer Kontrolle durch die örtlichen Organe der SED ausgesetzt waren.

Und nun zum vierten Punkt: die Spaltung, die Querspaltung zwischen

Parteienspitze und Parteibasis. Hier steckte doch noch viel drin, in der Erinnerung an die Anfänge dieser Parteien. Außerdem ist wichtig, was heute auch schon angeschnitten worden ist. Ich habe es selbst erlebt, wie Leute in diese Parteien eingetreten sind, um sich vor den dauernden Anwerbungsversuchen durch die SED sicherzustellen. Wenn man sich einmal für eine solche Partei entschieden hatte, dann war man alle Nachstellungen dieser Art los. Und schließlich darf nicht vergessen werden, daß es ja auch unter diesen sogenannten bürgerlichen Kräften Menschen gab, die einfach von innen heraus das Bestreben hatten, etwas für ihre Mitmenschen, für die Gesellschaft zu tun und die deswegen bestrebt waren, in den örtlichen Organen, den Parlamenten mitzuwirken. Das konnte nur geschehen über die Mitgliedschaft in einer bürgerlichen Partei, so daß sogar Pfarrer sich unter diesem Gesichtspunkt zur Vertretung der CDU etwa haben wählen lassen in Gemeinde- und Kreisparlamente. Ich habe meinen Parteiaustritt oft kritisch überprüft und mich gefragt, ob es richtig war, da weg zu gehen und damit eine Chance zu verpassen, selber etwas mit tun zu können. Ich konnte es nicht anders, aber ich habe immer mit großer Achtung von denen gesprochen, die unter größten Schwierigkeiten dageblieben sind und dort versucht haben, etwas Positives zu bewirken.

Und zu diesem Positiven gehört auch das, was ich unter 5.) formuliert habe. In den Ortsgruppen der Blockparteien fanden sich Menschen zusammen, denen es bewußt war, daß ihnen ihre Parteimitgliedschaft im allgemeinen, anders als die Mitgliedschaft in der SED, keine beruflichen oder materiellen Vorteile einbrachte. Karriere machen konnte man da nicht. Man konnte höchstens den Beruf erlangen, der einem aufgrund seiner Qualifikation zustand, während man in der SED Karriere machen konnte, ohne die nötigen Fachkenntnisse zu besitzen. Die Zugehörigkeit zu einer nichtkommunistischen Partei bedeutete für viele eine Vergewisserung ihres abweichenden, zum Teil auch nonkonformistischen Standpunkts. Gemeinschaft und Gedankenaustausch innerhalb der Ortsgruppen dienten der gegenseitigen moralischen Stärkung und halfen beim Durchstehen einer nicht grundsätzlich bejahten, wohl aber ohne Gegenwehr hingenommenen und damit anerkannten politischen Situation.

Unter diesen Bedingungen konnte auch von Vertretern der Blockparteien manches Positive bewirkt werden (Punkt 6): Es ging nicht um Veränderung der großen Politik. Man konnte von der Basis einer bürgerlichen Partei aus nicht das Paßgesetz ändern. Aber man konnte in diesen örtlichen Bereichen an der Regelung der kleinen Verhältnisse mitwirken, in denen sich das tägliche Leben eigentlich vollzieht. Also gewissermaßen in dem menschlichen Bereich, und dort war ein Spielraum vorhanden. An diesem Gesichtspunkt des Spielraums liegt mir sehr viel. Dieser Spielraum konnte genutzt werden, wenn man in eine solche Partei eintrat.

Daß es dann, Punkt 7, zwischen der Leitungsebene und dem Parteivolk

erhebliche Unterschiede gab, das ist klar. Die einen waren korrumpiert und haben sich voll angepaßt, während im Parteivolk – die Wortwahl habe ich mir jetzt genau überlegt – eine Stimmung herrschte, die von der Einsicht in die Unausweichlichkeit der gegebenen Verhältnisse getragen war. Die von der SED geschaffenen Machtverhältnisse gestatteten es nicht, daß die Parteibasis gegen die Parteispitze aufbegehrte und dadurch von unten her auf demokratischem Wege eine Veränderung hätte bewirken können.

Die Frage (Punkt 8) wurde vorhin gestellt, warum denn dann die SED nicht die Blockparteien beseitigt oder verboten hätte? Es diene dem Ansehen der DDR, daß es eine solche pluralistisch scheinende Vielfalt gegeben hat, und hier lagen gewisse Möglichkeiten für die Mitglieder dieser Parteien, im Berufsleben Aufstiegsmöglichkeiten zu erhalten, jedenfalls in dem Sinne, wie es vorhin gesagt wurde, bis höchstens zur Stellvertreterebene. Selbst im Gesundheitswesen gab es kaum Chefarzte oder Klinikleiter aus den Blockparteien, sondern das blieb immer etwas auf der Ebene des Oberarztes stehen. Aber das Positive – auch für die SED – ist doch, daß auf diese Weise qualifizierte Kräfte im wirtschaftlichen, technischen, medizinischen und naturwissenschaftlichen Bereich – nicht im ideologischen Bereich – in begrenztem Maße berufliche Leitungspositionen erlangen konnten, ihre Fähigkeiten nutzbar machten und mit ihrer fachlichen Kompetenz einen für die ganze Gesellschaft wertvollen Dienst leisten konnten.

Unter Punkt 9 habe ich auf eine für den Historiker interessante Tatsache hingewiesen. Warum ist es eigentlich nie zu einer Solidarität dieser vier bürgerlichen Parteien gegenüber der SED gekommen? Offenbar waren die Parteispitzen so weit korrumpiert und war das Prinzip „divide et impera“ so gut angewandt, daß es überhaupt nicht zu einer solchen Möglichkeit gekommen ist. Nicht einmal in der Schlußphase der DDR, wo es ja unter der Schwächung der SED durchaus denkbar gewesen wäre, daß sich die vier bürgerlichen Parteien zusammengetan hätten, um die politische Verantwortung zu übernehmen. Die Verstrickung der Parteiführungen in das Herrschaftssystem der SED und das Maß ihrer Korrumpiertheit haben eine derartige Möglichkeit ausgeschlossen. Es ist auch – ich muß schon sagen – kritisch festzustellen, daß, von geringen Ausnahmen abgesehen, von den Blockparteien der DDR keine Initiativen zu Kontakten mit westdeutschen politischen Kräften ausgegangen sind, während sie umgekehrt auch nicht von diesen Kräften angesprochen wurden. Der deutsch-deutsche Dialog war im wesentlichen, bis auf gewisse Ausnahmen, das Monopol der SED und fand daneben nur auf kirchlicher Ebene statt.

Zum Schluß zu Punkt 10: In der Mitgliedschaft der Blockparteien regten sich im Herbst 1989 Kräfte, die auf die Rückbesinnung auf demokratische und rechtsstaatliche Grundsätze aus der „Gründerzeit“ gerichtet waren und sich wirksam in die Vorgänge einschalteten, die zum Zusammenbruch der

SED-Herrschaft führten. In der Asche der DDR-Verhältnisse war eine Glut erhalten geblieben, die zum geeigneten Zeitpunkt wieder aufflackern konnte. Aufflackern: es war kein Auflodern, es war ein Aufflackern. Aber gegenüber der spontanen Bewegung aus dem Volk haben diese Kräfte keine entscheidende Rolle gespielt.

Als Historiker stelle ich mir manchmal die an sich sinnlose Frage: Was wäre geworden, wenn ...? Was wäre geworden, wenn sich die bürgerlichen Parteien bis zur Konfrontation den Gleichschaltungsversuchen der SED widersetzt hätten? Man kann die Frage stellen; man kann sie nicht glaubwürdig oder definitiv beantworten. Aber von dieser Frage ausgehend kann man die Alternativen überlegen, die es gegenüber der Anpassung und der Gleichschaltung gegeben hätte, wenn man es auf die totale Konfrontation hätte ankommen lassen. Und da muß man sich fragen, ob es nicht doch besser gewesen wäre, daß diese Parteien so, wie sie nun einmal waren und sein mußten, existierten, weil dadurch doch manches bewirkt werden konnte, was unter anderen Bedingungen nicht hätte bewirkt werden können. Das, was vorhin Herr Graumann sagte, kann ich nur unterstützen. Wir können die Existenz der Blockparteien nicht vom Standpunkt von 1989 oder 1992 beurteilen, sondern wir müssen uns hineinbegeben in die Vorgänge selber und uns fragen, welche Möglichkeiten, welche Chancen, welche Alternativen gab es damals? Eine vergangene Zeit kann man nur aus sich selbst heraus verstehen, und darum geht es mir.

Gesprächsleiter Dirk Hansen (F.D.P.): Vielen Dank an Herrn Professor Blaschke, der seine Ausführungen gewissermaßen mit Ranke beendet hat. Wir gehen aber doch übergangslos zu seinem Nachbarn, Herrn Fritz Gerber aus Bautzen, über, der Geschäftsführer eines CDUD-Bezirksvorstandes gewesen ist. Vielleicht sagen auch Sie, ich fand das sehr erhellend, ein paar biographische Daten zusätzlich. Dann kann man das, was Sie anschließend sagen, sicherlich noch besser verstehen. Sie haben das Wort.

Fritz Gerber: Meine Damen und Herren. Als erstes eine Korrektur: Ich war nicht Vorsitzender eines Bezirksverbandes, sondern Geschäftsführer eines Kreisverbandes. Ich habe zu dieser Teilnahme verhältnismäßig schnell gegenüber meinen sonstigen Gepflogenheiten zugesagt und habe mir bei der Beschäftigung mit dem Thema immer mehr die Frage vorgelegt: Hast du richtig gehandelt? Das „Ja“ erfolgte auch unter dem Gesichtspunkt, daß ich die Herrnhuter Losung zur Hand nahm, um zu sehen, was sie denn für den 11. dieses Monats sagt. Die Pfarrer werden es wissen. Und das hat mir doch dann den Mut gegeben: „Liebet eure Feinde!“, ohne daß ich jetzt sagen will, solche sehe ich hier im Raum. Aber auch das zum persönlichen Werdegang. Mich begleiten einige Jahrzehnte die Herrnhuter Losungen, und ich bin wohl nie an einem Morgen aus dem Hause gegangen, ohne darin gelesen zu haben. Und ich habe 41 Jahre diese Tätigkeit als Kreisgeschäftsführer ausgeübt.